

Jugendmotion des Jugendparlaments der Stadt Bern: Ausweitung und Anpassung des Reglements über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen zugunsten des städtischen Jugendparlaments (JuPa)

In unserem mittlerweile fast fünfjährigen Bestehen konnten wir, das städtische Jugendparlament (JuPa), insgesamt sehr erfolgreich die Interessen und Forderungen der Berner Jugend gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertreten. Durch zahlreiche Anlässe und Auftritte wurden junge Menschen für Politik sensibilisiert sowie für persönliches Engagement motiviert. Kreative oder gemeinnützige Projekte von jungen Menschen wurden finanziell unterstützt und aktuelle Themen in Jugendmotionen aufgegriffen. So hat sich das JuPa als die wohl anerkannteste Form für junge Menschen etabliert, sich parteipolitisch neutral, aber doch wirkungsvoll zu engagieren. Gleichzeitig hat sich auch gezeigt, dass die zu Beginn im Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen aufgestellten Regelungen nicht restlos mit den realen Erwartungen und Bedürfnissen der Mitglieder und Sympathisant*innen des JuPas übereinstimmen. Damit das JuPa weiterhin erfolgreich bestehen und sich weiterentwickeln kann, braucht es nun einige Reformen. Deshalb haben wir, das JuPa, folgende Forderungen aufgestellt:

- a) Wir fordern, dass die Stadt Bern die Ausweitung des bisherigen städtischen Jugendparlaments auf alle Agglomerationsgemeinden zu einem Jugendparlament Region Bern anstrebt. Bis auf das Recht, eine Jugendmotion in den Stadtrat einzureichen, sollen alle Partizipationsmöglichkeiten des Jugendparlamentes auf Einwohner*innen der Agglomerationsgemeinden innerhalb der definierten Altersgrenzen ausgeweitet werden. Diese Partizipationsmöglichkeiten beinhalten das Recht auf Teilhabe an Vollversammlungen, das Recht auf Mitwirken in Projekt- oder Vorstossgruppen sowie das Recht, sich in den Vorstand oder ins Co-Präsidium wählen zu lassen.
- b) Wir fordern, dass die Stadt Bern die Altersgrenze für Mitglieder im städtischen Jugendparlament auf 25 Jahre anhebt. Diese Altersgrenze soll auch für ein zukünftiges Jugendparlament Region Bern gelten.
- c) Wir fordern, dass die Stadt Bern eine feste Sekretariatsstelle von einer 15% - Teilzeitbeschäftigung für das städtische Jugendparlament schafft. Diese Sekretariatsstelle soll für ein zukünftiges Jugendparlament Region Bern erhalten und allenfalls ausgebaut werden.

Begründung

a. Nicht nur Jugendliche, die innerhalb der Grenzen von Bern wohnen, haben ihren Lebensmittelpunkt in der Stadt. Durch Ausbildung oder Arbeit, die zahlreichen Freizeit- und Ausgangsangebote, Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Anlässe sind auch in der Agglomeration wohnhafte Jugendliche häufig in Bern unterwegs und entsprechend bestens vernetzt. Auch diese Jugendliche wollen die Stadt – als Umgebung, in der sie sich tagtäglich bewegen – mitgestalten. Wir, das JuPa Stadt Bern, möchten ihnen die Möglichkeit geben ihren Lebensmittelpunkt aktiv mitzugestalten und zu partizipieren, indem wir die Schaffung eines Jugendparlamentes Region Bern beantragen.

Ein solches JuPa wäre nicht nur eine Chance für in den Agglomerationen wohnhafte Jugendliche: Viele bestehende, von der Berner Jugend aufgestellte Forderungen betreffen nicht ausschliesslich die Stadt, sondern die ganze Region, etwa im Bereich Verkehr.

Unter anderem Art. 1 Abs. 2b im Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen müsste entsprechend Folgendes angepasst werden: Nach wie vor sollen nur in der Stadt wohnhafte Jugendliche das Recht wahrnehmen können, tatsächlich eine Jugendmotion oder ein Jugendpostulat zu unterzeichnen und in den Stadtrat/Gemeinderat einzureichen. Die restlichen Bestimmungen für das Jugendparlament – unter anderem Teilhabe an Vollversammlungen, Recht auf Projektbeiträge, Möglichkeit nach Partizipation in Projekt- oder Vorstossgruppen, im Vorstand oder im Co-Präsidium – sollen auch auf Einwohner*innen der Agglomerationsgemeinden innerhalb der definierten Altersgrenzen ausgeweitet werden.

b. Heute liegt die Altersgrenze des JuPas bei im Vergleich mit anderen Jugendparlamenten sehr tiefen 21 Jahren. Diese Grenze führt nicht selten dazu, dass motivierte und engagierte Mitglieder das JuPa wegen ihres Alters vorzeitig verlassen müssen. Deshalb beantragen wir eine Anpassung des Art. 13b im Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen auf eine auf 25 Jahre erhöhte Altersgrenze.

Auch 22- bis 25-Jährige teilen oft die gleichen Anliegen wie jüngere Jugendliche, genauso hat auch diese Altersgruppe das Bedürfnis, sich in einem geschützten Rahmen ausserhalb der institutionellen Politik engagieren zu können. Diese Möglichkeit, sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln ist laut UNO Kinderrechtskonvention ein Grundrecht aller Kinder und Jugendlicher.

c. Das JuPa konnte in den letzten Jahren mehrere öffentliche Veranstaltungen und Aktionen planen und realisieren. Viel mehr als mit der Arbeit an themenbasierten Projekten waren wir als Mitglieder des JuPa aber mit Organisation und Administration beschäftigt. Jugendliche, die sich in ihrer Freizeit engagieren wollten, leisteten teils vorwiegend Büroarbeit, statt ihre Ideen zu realisieren. Andere Jugendparlamente, etwa das Jugendparlament Zürich, wirken diesem Problem durch eine Sekretariatsstelle entgegen. Auch wir haben uns letztes Jahr entschieden, einen Teil unseres Budgets für eine Sekretariatsstelle einzusetzen. Folglich hat das JuPa nun aber weniger Ressourcen, kreative und gemeinnützige Projekte von jungen Menschen zu realisieren und unterstützen. Deshalb fordern wir von der Stadt, eine feste Sekretariatsstelle offizieller Seite zu schaffen.

Durch diese Entlastung bei administrativen Arbeiten könnten sich die Mitglieder des JuPas vermehrt auf Themen fokussieren und zu diesen Vorstösse ausformulieren, Anlässe organisieren oder Projekte realisieren. Nicht wie beim KiPa (Kinderparlament) der Stadt Bern hätte diese offizielle Stelle eine betreuende oder sogar leitende Funktion, sondern der*die Sekretär*in des JuPas würde lediglich Aufträge der JuPa-Mitglieder ausführen, um diese zu entlasten. Das JuPa würde dadurch also nicht an Selbständigkeit einbüßen, im Gegenteil: Eine feste Sekretariatsstelle wäre eine Investition in mehr Möglichkeiten für das JuPa und seine Mitglieder, wodurch diese einen noch grösseren Mehrwert für die restliche Berner Jugend generieren könnten.

Umsetzungsprozess im Falle einer Annahme der Motion

Die Motionär*innen verlangen im Falle einer Annahme der Motion durch den Stadtrat die sofortige Umsetzung der Forderungen a) und b). Diese beinhalten die Öffnung des JuPas und all seinen Partizipationsmöglichkeiten ausser dem Jugendmotions- und postulatsrecht für Jugendliche aus Agglomerationsgemeinden sowie die Ausdehnung der Altersgrenze für Mitglieder auf 25 Jahre.

Die Forderung c), also das Schaffen einer festen Sekretariatsstelle für das JuPa, soll nach einer Annahme der Motion so bald wie möglich von der Stadtverwaltung bearbeitet und anschliessend umgesetzt werden.

Das Schaffen eines regionalen Jugendparlamentes, wie die Forderung a) verlangt, ist auch als Prozess zu verstehen. Die Motionär*innen verlangen von der Stadt Bern nach einer Annahme der Motion Initiative zu ergreifen und das Gespräch mit Vertreter*innen aller Agglomerationsgemeinden zu suchen, um zu prüfen, ob und wie die Gemeinden, erstens das Recht der Jugendmotion und des Jugendpostulats einführen und zweitens einen angemessenen finanziellen Beitrag an das JuPa leisten

wollen und können. Genauso wird das JuPa der Stadt Bern mit allen bestehenden Jugendparlamenten in den Agglomerationsgemeinden, wie etwa mit dem JuPa Köniz oder dem JuPa Zollikofen, Kontakt aufnehmen und gemeinsam Zusammenarbeitsformen und Synergien prüfen. Das JuPa Zollikofen beispielsweise hat in den letzten Jahren bereits Erfahrungen mit Online-Abstimmungen gesammelt, wovon auch ein zukünftiges JuPa Region Bern profitieren könnte. Das JuPa Stadt Bern möchte bei der Umsetzung dieser Jugendmotion, vor allem beim Schaffen eines regionalen Jugendparlaments laut Forderung a), unterstützend und partizipativ mitwirken und so seine Zukunft aktiv mitgestalten.

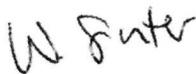
Die Motionär*innen verlangen, die Jugendmotion als dringlich zu behandeln.

10.2.2020

Erstunterzeichnende:

Wanda Suter (Co-Präsidentin)

Frédéric Mader (Sekretär)



Stella Baumann (Vorstandsmitglied)

Luna Baumann (Mitglied)

